



## Niederschrift

### 81. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 12.03.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:12 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

#### Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	bis 20:54 Uhr

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	bis 19:02 Uhr
--	-----	---------------

#### sachkundige Einwohner

Frau Adelheid Bode	Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Herr Jörg Geppert	Bürgerbündnis-FDP	bis 20:48 Uhr
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz		
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr Alexander Dietmar Wietschel	Beirat für Menschen mit Behinderungen	ab 18:17 Uhr

## Beigeordnete

Herr Andreas Goetzmann i. V. f. d.  
Beigeordneten  
Geschäftsbereich 4

## Nicht anwesend sind:

## Ausschussmitglieder

Frau Babette Reimers	SPD	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt

## zusätzliches Mitglied

Herr André Tomczak	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht entschuldigt

## sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	nicht entschuldigt
Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE	nicht entschuldigt
Herr Rudi Wiggert	SPD	entschuldigt

## Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Beigeordneter Geschäftsbereich 4	entschuldigt
-------------------	-------------------------------------	--------------

## Gäste

Herr Reik Becker	(Bereich Verkehr und Technik) zu TOP 3, 4.17
Herr Thomas Schenke	(Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) zu TOP 4.1, 4.18
Herr Normen Niehoff	(Bereich Verkehrsentwicklung) zu TOP 4.2, 4.5, 4.8, 5.1
Herr Lars Schmäh	(Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) zu TOP 4.4
Herr Winfried Sträter	(Ortsvorsteher Groß Glienicke) zu TOP 4.8
Herr Sebastian Anderka	(Bereich Stadtentwicklung) zu TOP 4.9, 4.10, 4.11
Herr Dieter Lehmann	(Bereich Stadterneuerung) zu TOP 4.14
Frau Alena Eichler	(Bereich Verbindliche Bauleitplanung) zu TOP 4.15, 4.16

## Schriftführer/in:

Frau Anhoff

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2019 und vom 26.02.2019 /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise vorbehaltlich  
der Überweisung aus der STVV März 2019)
- 4.1 Barrierefreier Gehwegausbau Straße Am Friedhof - Alt Drewitz  
Vorlage: 18/SVV/0674  
Fraktion DIE LINKE  
(Wiedervorlage)
- 4.2 Verkehrsübersicht für Potsdam  
Vorlage: 18/SVV/0849  
Fraktion CDU/ANW  
(Wiedervorlage)
- 4.3 Gewerbebrache im Kirchsteigfeld entwickeln  
Vorlage: 19/SVV/0015  
Fraktionen SPD, Die LINKE, CDU/ANW  
KOUL, HA  
(Wiedervorlage)
- 4.4 Öffentliche Badestelle an der "Havelwelle"  
Vorlage: 19/SVV/0031  
Fraktionen SPD, CDU/ANW  
(Wiedervorlage)
- 4.5 Handlungskonzept zur Weiterentwicklung des ÖPNV in Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/0035  
Fraktion CDU/ANW  
(Wiedervorlage)
- 4.6 Innovative Radverkehrslösung in Golm  
Vorlage: 19/SVV/0037  
Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm  
SBV ff, KOUL  
(Wiedervorlage)
- 4.7 Masterplan Grün für Golm - Grüne Freiräume - Grüne Architektur - Grüne  
Mobilität  
Vorlage: 19/SVV/0038  
Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm  
SBV ff, KOUL, GSI  
(Wiedervorlage)
- 4.8 Uferweg im Süden des Groß Glienicker Sees  
Vorlage: 19/SVV/0060  
Fraktion DIE aNDERE  
OBR Groß Glienicke, KOUL, SBV (ff)
- 4.9 Potsdamer Baulandmodell - Monitoringbericht 2018  
Vorlage: 19/SVV/0211  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)

- 4.10 Mehr Sozialwohnungen nach Baulandrichtlinie  
Vorlage: 18/SVV/0620  
Fraktionen SPD, CDU/ANW  
(Wiedervorlage)
- 4.11 Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung  
in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)  
Vorlage: 19/SVV/0041  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
SBV ff, GSI, RPA  
(Wiedervorlage)
- 4.12 Entwicklungsmaßnahme Krampnitz: Beschluss der Masterplanung Krampnitz  
Vorlage: 19/SVV/0205  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
HA, OBR Fahrland und Neu Fahrland  
(1. Lesung)
- 4.13 BE zur sozialen Infrastruktur Krampnitz (gemäß Beschluss 18/SVV/0702)  
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.14 Aufhebung der Sanierungssatzung "Am Obelisk"  
Vorlage: 19/SVV/0177  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.15 Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee",  
Leitentscheidung zum weiteren Verfahren  
Vorlage: 19/SVV/0178  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.16 Prüfung Studentisches Wohnen im Bebauungsplan Nr. 113  
"Pappelallee/Reiherweg"  
Vorlage: 19/SVV/0089  
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)
- 4.17 Dortustraße, Ergänzung der Fahrbahnmarkierung  
Vorlage: 19/SVV/0102  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)
- 4.18 Evaluierung Verkehrsführungen und Parkraumbewirtschaftungskonzept  
Gartenstadt Drewitz  
Vorlage: 19/SVV/0105  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 BE gemäß Beschluss 18/SVV/0536 Analyse der Staubildung in  
Verkehrsspitzen/Entzerrung der Hauptverkehrszeiten  
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.2 Vorstellung der Radverkehrsmaßnahmen 2019  
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 BE zur Sanierung der Leipziger Straße  
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2019 und vom 26.02.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 19.02.2019 und zur Sitzung vom 26.02.2019 erfolgen keine Hinweise.

Die Niederschrift vom 19.2.2019 wird mit 5:0:1 Stimmen bestätigt.

Die Niederschrift vom 26.2.2019 wird mit 5:0:1 Stimmen bestätigt.

Zur Tagesordnung liegen dem Ausschussvorsitzenden folgende Bitten auf Zurückstellung vor:

- TOP 4.6 Innovative Radverkehrslösung in Golm: Die Antragstellerin bittet, den Antrag zurückzustellen, um ihn noch einmal im Ortsbeirat (OBR) zu beraten (voraussichtlich am 28.3.) – Wiedervorlage im SBV-Ausschuss voraussichtlich am 9.4.
- TOP 4.7 Masterplan Grün für Golm – Grüne Freiräume – Grüne Architektur – Grüne Mobilität: Die Antragstellerin bittet hier ebenfalls, den Antrag zurückzustellen, um ihn nochmals im OBR zu beraten (voraussichtlich am 28.3.) – Wiedervorlage im SBV-Ausschuss voraussichtlich am 9.4.
- TOP 4.12 Entwicklungsmaßnahme Krampnitz: Beschluss der Masterplanung Krampnitz: Die verantwortlichen Vertreter der ProPotsdam können heute aufgrund kollidierender Termine nicht anwesend sein, um die Vorlage einzubringen – es wird gebeten, die Vorlage heute von der Tagesordnung zu nehmen und am 26.3. zu behandeln
- TOP 4.13 BE zur sozialen Infrastruktur Krampnitz (gem. Beschluss 18/SVV/0702): da die Berichterstattung thematisch mit dem TOP 4.12 zusammenhängt, bittet die Verwaltung diesen entsprechend ebenfalls auf den SBV-Ausschuss am 26.3. zu vertagen
- 5.2 Vorstellung Radverkehrsmaßnahmen 2019: Die Berichterstattung wird

gebeten auf den 26.3. zu verschieben, da der Berichterstatter erkrankt ist.

Herr Heuer bittet den TOP 4.4 Öffentliche Badestelle an der „Havelwelle“ in der Sitzung des SBV-Ausschusses am 26.3.2019 zu diskutieren, da dieser noch Beratungsgegenstand innerhalb der Fraktion ist. Die Berichterstattung der Verwaltung, die auf Wunsch aus der letzten Sitzung zu diesem TOP vorbereitet worden ist, kann gehört werden.

Gegen die vorgebrachten Änderungswünsche erfolgt kein Widerspruch. Die entsprechend geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

### **zu 3      Vorstellung von Bauvorhaben**

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung der Bauvorhaben erfolgt ist und bis auf einen Vorgang alle Fragen beantwortet worden sind. Die Klärung der offenen Angelegenheit wird in der kommenden Runde vorgenommen.

Aus der Verwaltung gibt es Informationen zu zwei Vorgängen: Zum einen zum Bauvorhaben am Standort Stubenrauchstraße 34, basierend auf einer Nachfrage von Herrn Schütt aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 12.2.2019, die an dieser Stelle vorgenommen wird.

Zum anderen zur Sanierung der Leipziger Straße, die unter dem Tagesordnungspunkt 5 Mitteilungen der Verwaltung erfolgt.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert anhand eines Lageplans über die nachbarschaftliche Situation in der Stubenrauchstraße 34.

Das Berliner Projekt sei auf Drängen der Beteiligten, darunter auch die Nachbargemeinden, noch einmal deutlich verändert worden, sodass die Untere Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ihre Zustimmung erteilt habe. Die vorgenommenen Änderungen können nicht benannt werden, hierzu liegen der LHP derzeit keine Unterlagen vor.

### **zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise vorbehaltlich der Überweisung aus der STVV März 2019)**

#### **zu 4.1    Barrierefreier Gehwegausbau Straße Am Friedhof - Alt Drewitz Vorlage: 18/SVV/0674**

Fraktion DIE LINKE  
(Wiedervorlage)

Herr Jäkel nimmt zu dem Vorschlag aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, den Antrag in Form einer Kleinen Anfrage beantworten zu lassen, Stellung. Seine Fraktion möchte den Antrag, inklusive der bereits eingefügten Ergänzung „unter Berücksichtigung der Prioritätenliste“ sowie der Änderung der Terminstellung auf Mai 2019 aufrechterhalten.

Auf eine Nachfrage zur Prioritätenliste von Frau Hüneke geht Herr Jäkel ein.

Herr Eichert hält eine Kleine Anfrage in diesem Zusammenhang für geeigneter und könne dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Hüneke unterbreitet den Vorschlag, die Forderung des Antrags zur Bearbeitung in das Fußwegekonzept zu geben.

Herr Jäkel erhält den Antrag, dem Wunsch der Fraktion folgend, aufrecht.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **unter Berücksichtigung der Prioritätenliste** zu prüfen, bis wann ein barrierefreier Ausbau des Gehweges auf der rechten Seite der Straße Am Friedhof im Stadtteil Alt-Drewitz bis zum Eingang des Friedhofes erfolgen kann.

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam wird im ~~Januar~~**Mai** 2019 über die Umsetzung informiert.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>4</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

Frau Hüneke macht aufmerksam, dass ihr Änderungsantrag nicht abgestimmt wurde und kritisiert dieses Vorgehen. Sie besteht jedoch nicht auf einer Abstimmung. Herr Jäkel erklärt, dass kein expliziter Änderungsantrag vorlag.

**zu 4.2 Verkehrsübersicht für Potsdam**

**Vorlage: 18/SVV/0849**

Fraktion CDU/ANW  
(Wiedervorlage)

Herr Eichert bringt die mit der Verwaltung abgestimmte neue Fassung des Antrags ein und begründet sie. Insbesondere nimmt der Antragsteller hierin die Anregung der Verwaltung, die Einbeziehung des Mediums Internet, auf.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt für den Bereich der Landeshauptstadt Potsdam eine ~~(z.B. auf einer Karte oder mehreren Karten)~~ einfache **webbasierte** Übersicht zu erstellen, auf **welcher mittels verschiedener Layer die einzelnen Verkehrskategorien** ~~auf der die Hauptverkehrsverbindungen~~ ~~(z.B. Straßen, ÖPNV, Radwege, Fußwege, Schiene)~~ sowie deren geplante Entwicklung in den kommenden Jahren dargestellt werden. **Bei der Umsetzung soll eine möglichst**

**einfach verständliche Darstellung angestrebt werden.**

Der Plan ist erstmals bis ~~März~~ **September** 2019 zu erstellen und regelmäßig zu aktualisieren.“

Herr Eichert bittet um Zustimmung.

Frau Hüneke schlägt die Änderung des Antrags vor, die geforderte Übersicht „im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes (StEK) Verkehr zu erstellen und regelmäßig zu aktualisieren“.

Herr Eichert spricht sich gegen diese Änderung aus und bleibt bei der soeben eingebrachten Fassung.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) teilt mit, dass hier nichts Neues kreiert werde, sondern eine Zusammenstellung vorhandenen Materials erfolgt. Webbasiert sei das eine gute Lösung. Auf Nachfrage nach der Finanzierung dieses Vorhabens von Herrn Berlin, informiert Herr Niehoff, dass hierfür keine zusätzlichen Kosten entstünden. Die Erstellung sei mit dem eigenen Personal möglich.

Frau Hüneke zieht ihren Änderungsantrag, auf Integrierung in das StEK Verkehr zurück.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrags zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt für den Bereich der Landeshauptstadt Potsdam eine webbasierte Übersicht zu erstellen, auf welcher mittels verschiedener Layer die einzelnen Verkehrskategorien (z.B. Straßen, ÖPNV, Radwege, Fußwege, Schiene) sowie deren geplante Entwicklung in den kommenden Jahren dargestellt werden. Bei der Umsetzung soll eine möglichst einfach verständliche Darstellung angestrebt werden.**

**Der Plan ist erstmals bis September 2019 zu erstellen und regelmäßig zu aktualisieren.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

### zu 4.3 Gewerbebrache im Kirchsteigfeld entwickeln

#### **Vorlage: 19/SVV/0015**

Fraktionen SPD, Die LINKE, CDU/ANW

KOUL, HA

(Wiedervorlage)

Herr Jäkel erinnert an die Einbringung des Antrags sowie der Änderung der Verwaltung und die Diskussion in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und informiert, dass die Abstimmungen der Fraktionen anhalten.

Herr Heuer bestätigt die laufenden Abstimmungen. Er begrüßt die geplante Wohnbebauung. Verunsicherung herrschte dagegen über den dem Änderungsvorschlag der Verwaltung als Anlage beigefügten Lageplan. In der Textfassung soll dieser als „schematische Darstellung“ bezeichnet werden. Er kündigt an, den Antrag als Prüfauftrag einzubringen, wenn die Beratungen in der Fraktion abgeschlossen sind.

Frau Hüneke bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 11.3 2019 ein.

„Anstelle des 2. Absatzes ist folgender Text einzufügen:

In einer städtebaulichen Studie ist darzulegen, in welcher Größenordnung eine ausgewogene Entwicklung von Gewerbe und Wohnen erfolgen kann, ohne das bestehende Kirchsteigfeld zu überlasten. (Auswirkungen auf soziale Infrastruktur, Auslastung ÖPNV, Binnenverkehre, ruhender Verkehr, Handel etc.).

Im 3. Absatz ist als 1. Satz zu ergänzen:

Die verkehrliche Erschließung ist unter größtmöglichem Erhalt des südlich angrenzenden Waldstückes zu planen.

Ein weiterer Absatz ist hinzuzufügen:

Ein städtebaulicher Vertrag soll die Rahmenbedingungen regeln. Dies soll nicht vor der beabsichtigten Novellierung der Baulandrichtlinie erfolgen. Städtebauliche Studie und der Entwurf eines städtebaulichen Vertrages sind der Stadtverordnetenversammlung vor Überarbeitung des B-Plans Nr. 18 „Kirchsteigfeld“ vorzulegen.“

Herr Jäkel erklärt, den Änderungsantrag der Grünen in die Beratungen der Fraktionen einzubeziehen.

Herr Dr. Naumann informiert über die Sitzung des Stadtteilrates vom 7.3.19, in der dieser Antrag Kernthema gewesen sei. Der Stadtteilrat stehe den Planungen positiv gegenüber und habe keine Einwendungen. Auch die Bürgerinnen und Bürger im Kirchsteigfeld begrüßen das Vorhaben und verbinden damit die Hoffnung auf einen Ausbau des Einzelhandels und der Nahversorgung. Einer Belebung des Viertels stehen sie positiv gegenüber. Er bittet daher, eine unnötige Zeitverzögerung zu vermeiden.

Herr Eichert weist darauf hin, dass Grün selbstverständlich zu erhalten ist, die angestrebte Entwicklung aber nicht ohne den geplanten Verkehrsanschluss möglich sei. Hier ist eine Ausgewogenheit zu erzielen, um das Vorhaben voranzubringen.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung) betont die Wichtigkeit keiner weiteren Verzögerungen im Prozess. Aus Sicht der Verwaltung besteht das Interesse an einer hinreichenden zeitnahen Konkretisierung, um das Vorhaben voranzubringen. Im Zusammenhang mit dem Verkehrsschluss nach Süden wird es egal bei welcher Planung immer eine Inanspruchnahme von Wald geben, das wird bei keiner Variante vermeidbar sein.

Die schematische Darstellung beruhe auf einer Zuarbeit des Vorhabenträgers. Es sei an dieser Stelle sinnvoll und zielführend auf dieser Grundlage Festlegungen zu treffen.

Herr Osten-Sacken hebt die hier geplante Entwicklung als sinnvoll hervor und betont nochmals das positive Echo der Bewohnerschaft des Kirchsteigfelds. Er empfindet die Entwicklung in diesem Bereich als äußerst zielführend.

Herr Schütt erkundigt sich bezogen auf den Bereich B in der Grafik, warum hier die Festlegung auf „maximal 30 m“ vorgenommen wird.

Herr Goetzmann führt aus, dass diese Festlegung mit der Verkehrsführung durch die geplante Wohnbebauung zusammenhängt. Hierbei geht es um einzuhaltende Lärmwerte vor geöffneten Fenstern, was bestehendem Bundesrecht entspreche. Die in Rede stehende Festlegung deckt sich mit der städtebaulichen Verträglichkeit und nutzbaren Spielräumen. Er wirbt nochmals für die Zustimmung zur vorgeschlagenen Änderung der Verwaltung.

Frau Hüneke stellt fest, dass hier noch städtebauliche Überlegungen vorzunehmen sind. Eine abschließende Klärung ist für sie noch nicht erreicht, vielmehr wären für eine Entscheidungsfindung noch genauere Informationen nötig.

Herr Dr. Naumann weist darauf hin, dass der Vorhabenträger anwesend ist und bittet um Rederecht für ihn.

Herr Jäkel erinnert nochmals, dass sich die Fraktionen in einem Abstimmungsprozess befinden. Als Ergebnis soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ein modifizierter Antragstext eingebracht werden. Die überarbeitete Fassung sowie das Rederecht des Vorhabenträgers werden dann in der nächsten Sitzung am 26.03.2019 aufgerufen.

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Die Zurückstellung des Antrags auf die Sitzung des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 26.3.2019 wird einstimmig angenommen.

#### zu 4.4 **Öffentliche Badestelle an der "Havelwelle"**

**Vorlage: 19/SVV/0031**

Fraktionen SPD, CDU/ANW

(Wiedervorlage)

Es ergeht der Hinweis auf die 1. Lesung in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr. Heute erfolgt die dort geforderte Berichterstattung der Verwaltung. Die inhaltliche Diskussion wird voraussichtlich in der Sitzung am 26.03.2019 vorgenommen, da der Antrag noch Beratungsgegenstand in der antragstellenden Fraktionen ist. (sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

Herr Schmäh (Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) entspricht dem Wunsch aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und stellt die Skizze, die genehmigte Planung und die Übereinstimmung mit den Festlegungen des Vorhaben- und Erschließungsplanes vor. Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beiliegt, geht er auf die geforderten Punkte ein.

Er informiert, dass durch die Verwaltung keine Regelung zur Steganlage gefunden werden konnte und bittet gegebenenfalls nochmals um entsprechende Hinweise der Mitglieder.

Herr Schmäh erläutert die Vertragsgegenstände sowie die durch mehrere Behörden, darunter die Untere Wasserbehörde der Landeshauptstadt Potsdam, genehmigte Steganlage. Er benennt auf Nachfrage deren Maße und verortet sie zur „Havelwelle“. Demnach wird der Steg parallel zum Ufer etwa bis zu 90 Meter lang. Der Abstand des Steges vom Ufer beträgt ca. 30 Meter.

Herr Heuer erkundigt sich nach den Gründen der Genehmigung sowie dem Vorgehen.

Herr Schmäh erläutert den Genehmigungsprozess.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) ergänzt, dass nur wenige einschränkende Gründe für eine Ablehnung solcher Anträge zur Verfügung stehen. Es bleibt im Grunde meist nur, durch kommunale Bauleitplanung entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die wiederum in Auseinandersetzung mit der Bundeswasserstraßenverwaltung zu gestalten sind.

Auf weitere Anmerkungen und Nachfragen der Mitglieder gehen Herr Schmäh und Herr Goetzmann ein.

Herr Schmäh informiert unter anderem, dass die Fischereibehörde beteiligt war. Eine Entschädigung ist bei Einschränkung des Fanggebietes vorgesehen. Dies ist jedoch eine zivilrechtliche Angelegenheit.

Die öffentliche Zugänglichkeit der Steganlage war maßgeblich bei der Genehmigung. Es wird eine öffentliche Zugänglichkeit des mittleren

Zugangssteges bis zu dessen Ende geben, jedoch keine öffentliche Begehbarkeit der beiden seitlichen Stegflügel.

Die Antwort auf die Nachfrage von Herrn Putz, ob die Anlage barrierefrei begehbar sei, wird im Rahmen der erneuten Beratung des Antrags in der nächsten Sitzung des SBV-Ausschuss nachgeholt.

Der Antrag wird zurückgestellt und in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 26.03.2019 erneut aufgerufen.

#### **zu 4.5 Handlungskonzept zur Weiterentwicklung des ÖPNV in Potsdam**

**Vorlage: 19/SVV/0035**

Fraktion CDU/ANW

(Wiedervorlage)

Herr Eichert bringt die neue Fassung des Antrags ein und begründet sie.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Weiterentwicklung des ÖPNV in Potsdam einen ModalSplit-Anteil von 25 % als aktuelle Zielvorgabe anzustreben und zu prüfen, welche Voraussetzungen für die Erreichung dafür notwendig sind. Das Ergebnis muss als Grundlage für die weiteren Planungen und Konzepte, wie bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans und des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr, verankert werden.

Dazu gehören u.a.

- die stufenweise Erschließung des Entwicklungsgebietes Krampnitz mit Bussen und die Bearbeitung der Straßenbahnplanungen nach Fahrland bis zur Planfeststellungsreife
- die Entwicklung und Anbindung weiterer Wohngebiete an das ÖPNV-Netz
- der Umbau der Friedrich- Ebert-Straße (z. B. Barrierefreiheit)
- Verbesserung der Anbindung der Ortsteile und des ländlichen Raums
- Barrierefreiheit (insbesondere der Ersatzbeschaffung für die hochflurigen Tatra Wagen)
- wachstumsbedingte Maßnahmen zum Qualitätserhalt und zur Leistungssteigerung im Liniennetz, beim Fuhrpark und auf dem Betriebshof
- Ausarbeitung einer Dekarbonisierungsstrategie (alternative Antriebe) für den Busbereich
- Finanzplanung im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen incl. dem Einwerben von Fördermitteln
- Abstimmung zwischen der LHP und der Gesellschafterin SWP zur Sicherstellung der für die o.g. Aufgaben erforderlichen finanziellen Ausstattung der VIP
- alle den ÖPNV betreffenden Vorgaben, die in anderen Stadtentwicklungsbeschlüssen oder Konzepten aufgeführt sind.

Im Einzelnen sind in die Planungen und Prüfungen aufzunehmen:

- notwendige Fahrzeugbeschaffungen
- notwendige Infrastrukturmaßnahmen
- personelle Voraussetzungen für die Planungen, deren Umsetzung und

- den späteren Betrieb
- notwendige Investitionen und mögliche Fördermittel und
- daraus resultierende Betriebskosten.“

Er bittet um Zustimmung.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) teilt mit, dass die Verwaltung mit der neuen Fassung mitgehen kann.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Weiterentwicklung des ÖPNV in Potsdam einen ModalSplit-Anteil von 25 % als aktuelle Zielvorgabe anzustreben und zu prüfen, welche Voraussetzungen für die Erreichung dafür notwendig sind. Das Ergebnis muss als Grundlage für die weiteren Planungen und Konzepte, wie bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans und des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr, verankert werden.**

**Dazu gehören u.a.**

- **die stufenweise Erschließung des Entwicklungsgebietes Krampnitz mit Bussen und die Bearbeitung der Straßenbahnplanungen nach Fahrland bis zur Planfeststellungsreife**
- **die Entwicklung und Anbindung weiterer Wohngebiete an das ÖPNV-Netz**
- **der Umbau der Friedrich- Ebert-Straße (z. B. Barrierefreiheit)**
- **Verbesserung der Anbindung der Ortsteile und des ländlichen Raums**
- **Barrierefreiheit (insbesondere der Ersatzbeschaffung für die hochflurigen Tatra Wagen)**
- **wachstumsbedingte Maßnahmen zum Qualitätserhalt und zur Leistungssteigerung im Liniennetz, beim Fuhrpark und auf dem Betriebshof**
- **Ausarbeitung einer Dekarbonisierungsstrategie (alternative Antriebe) für den Busbereich**
- **Finanzplanung im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen incl. dem Einwerben von Fördermitteln**
- **Abstimmung zwischen der LHP und der Gesellschafterin SWP zur Sicherstellung der für die o.g. Aufgaben erforderlichen finanziellen Ausstattung der VIP**
- **alle den ÖPNV betreffenden Vorgaben, die in anderen Stadtentwicklungsbeschlüssen oder Konzepten aufgeführt sind.**

**Im Einzelnen sind in die Planungen und Prüfungen aufzunehmen:**

- notwendige Fahrzeugbeschaffungen
- notwendige Infrastrukturmaßnahmen
- personelle Voraussetzungen für die Planungen, deren Umsetzung und den späteren Betrieb
- notwendige Investitionen und mögliche Fördermittel und daraus resultierende Betriebskosten.

**Abstimmungsergebnis:**  
 einstimmig angenommen.

**zu 4.6 Innovative Radverkehrslösung in Golm**

**Vorlage: 19/SVV/0037**

Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm  
 SBV ff, KOUL  
 (Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt auf die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 9.4.2019 (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

**zu 4.7 Masterplan Grün für Golm - Grüne Freiräume - Grüne Architektur - Grüne Mobilität**

**Vorlage: 19/SVV/0038**

Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm  
 SBV ff, KOUL, GSI  
 (Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt auf die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 9.4.2019 (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

**zu 4.8 Uferweg im Süden des Groß Glienicker Sees**

**Vorlage: 19/SVV/0060**

Fraktion DIE aNDERE  
 OBR Groß Glienicke, KOUL, SBV (ff)

Herr Kuppert bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Er möchte von der Verwaltung wissen, wie genau die Prioritätenliste für den Groß Glienicker See aussieht.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) führt aus, dass der betreffende Abschnitt im Uferwegekonzept enthalten ist und man an der Umsetzung festhalte. Bei 29 Abschnitten im Stadtgebiet, an denen die Errichtung von Uferwegen vorgesehen ist, muss die Umsetzung jedoch nach Priorität erfolgen. Der hier in Rede stehende Abschnitt war bisher nicht auf Priorität 1 und wird es auch künftig nicht werden. Als höchste Priorität sind zunächst Abschnitte auf LHP-eigenen Grundstücken aufgenommen. Zudem gibt es hier nur wenige zusammenhängende Flächen.

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) weist zunächst darauf hin, dass zwar

der Ortsbeirat dem Antrag zugestimmt und damit noch einmal seinen Wunsch bekräftigt hat, den Uferweg als Verbindungsweg nach Berlin zu entwickeln. Jedoch sei die Sachlage kompliziert. Mit der Einrichtung eines/einer neuen Uferwegebeauftragten ergibt sich nun die neue Situation, dass die Fragen neu geprüft und dann geeignete Schritte vorgeschlagen werden können, um zum Ziel zu kommen.

Mit der geplanten Installierung einer Gedenkstele an dieser Stelle sowie dem vorhandenen öffentlichen Weg bis zum See sei dieser Abschnitt explizit als Aufgabe für den Uferwegebeauftragten aufzunehmen.

Herr Heuer erinnert an das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 21.02.2019, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, sich diesem Votum anzuschließen.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 3:1:1 **angenommen**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag DS 19/SVV/0060 „Uferweg im Süden des Groß Glienicker Sees“ als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

#### **zu 4.9 Potsdamer Baulandmodell - Monitoringbericht 2018**

##### **Vorlage: 19/SVV/0211**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung (Mitteilungsvorlage)

Die Tagesordnungspunkte 4.9 bis 4.11 (DS 19/SVV/0211, 18/SVV/0620, 19/SVV/0041) werden im Verbund behandelt.

Herr Anderka (Bereich Stadtentwicklung) bringt die Mitteilungsvorlage (DS 19/SVV/0211) ein und erläutert sie ausführlich. Die Präsentation liegt dem Protokoll bei.

Zur DS 18/SVV/0620 erinnert Herr Heuer an die Einbringung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 9.10.2018, wo der Antrag mit der Maßgabe zurückgestellt wurde, ihn im Rahmen der Behandlung des damals beauftragten Monitorings erneut aufzurufen. Dies sei heute geschehen. Wenn die Maßnahmen aus der Mitteilungsvorlage umgesetzt werden, sei der Antrag aus seiner Sicht durch Verwaltungshandeln erledigt.

Frau Hüneke erklärt zur DS 19/SVV/0041, dass sie diese eigentlich als erledigt ansieht, dazu aber noch einmal Rücksprache mit der Fraktion halten will und den Antrag daher bis zur nächsten Sitzung des SBV-Ausschusses zurückstellen möchte.

Herr Eichert unternimmt Überlegungen zur Wertabschöpfung, wonach ein

bestimmtes Preissegment nicht mehr bedienbar sei. Er möchte wissen, ob das zutrifft. Außerdem erkundigt er sich nach Auswirkungen auf den Wohnungsbau.

Herr Berlin dankt der Verwaltung für die erteilten umfangreichen Informationen. In Zukunft werden noch einige interessante Diskussionen in diesem Zusammenhang geführt werden. Die Veränderung des Stichtags begrüßt er ausdrücklich.

Herr Geppert gibt zu bedenken, ob eine Verschärfung tatsächlich sinnvoll ist.

Auf Nachfragen und Anmerkungen der Mitglieder gehen Herr Anderka und Herr Goetzmann ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 19/SVV/0211 zur Kenntnis.

#### **zu 4.10 Mehr Sozialwohnungen nach Baulandrichtlinie**

**Vorlage: 18/SVV/0620**

Fraktionen SPD, CDU/ANW

(Wiedervorlage)

Siehe Ausführungen zum TOP 4.9.

Herr Heuer ändert für den Antragsteller den Antrag wie folgt:

„Die Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell) wird geändert. ~~Der~~**Die** unter Ziff. 3.5 „Mietpreis- und Belegungsgebundener Wohnungsbau“ festgesetzte ~~Mindestanteil~~**Zielquote** von zu schaffenden 20 Prozent Mietpreis- und Belegungsbindung der möglichen Wohnfläche in Bebauungsgebieten, die einen zusätzlichen Wohnungsbau ermöglichen, wird auf 30 Prozent angehoben.

~~Der Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2019 berichtet werden~~**Die Änderung ist in die vorgesehene Überarbeitung der Richtlinie einzuarbeiten.“**

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell) wird geändert. ~~Der~~**Die** unter Ziff. 3.5 „Mietpreis- und Belegungsgebundener Wohnungsbau“ festgesetzte ~~Mindestanteil~~**Zielquote** von zu schaffenden 20 Prozent Mietpreis- und Belegungsbindung der möglichen Wohnfläche in Bebauungsgebieten, die einen zusätzlichen Wohnungsbau ermöglichen, wird auf 30 Prozent angehoben.

~~Der Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2019 berichtet werden~~**Die Änderung ist in die vorgesehene Überarbeitung der Richtlinie einzuarbeiten.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 4.11 Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)**

**Vorlage: 19/SVV/0041**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
SBV ff, GSI, RPA  
(Wiedervorlage)

Siehe Ausführungen zum TOP 4.9.

Der Antragsteller überdenkt, ob der Antrag mit der in dieser Sitzung vorgestellten Mitteilungsvorlage „Potsdamer Baulandmodell - Monitoringbericht 2018“ (DS 19/SVV/0211) erledigt ist. Der Antrag wird zu diesem Zweck bis zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zurückgestellt.

**zu 4.12 Entwicklungsmaßnahme Krampnitz: Beschluss der Masterplanung Krampnitz**

**Vorlage: 19/SVV/0205**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
HA, OBR Fahrland und Neu Fahrland  
(1. Lesung)

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 26.3.2019 vertagt (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

**zu 4.13 BE zur sozialen Infrastruktur Krampnitz (gemäß Beschluss 18/SVV/0702)**

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 26.3.2019 vertagt (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

**zu 4.14 Aufhebung der Sanierungssatzung "Am Obelisk"**

**Vorlage: 19/SVV/0177**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein und erläutert das mit ihr verbundene Anliegen. Demnach ist gemäß § 162 I BauGB die Sanierungssatzung unter anderem aufzuheben, wenn die Sanierung durchgeführt ist. In dem Sanierungsgebiet sind die Sanierungsziele im Wesentlichen erreicht

und die städtebaulichen Missstände beseitigt. Nach dem Baugesetzbuch ist die Landeshauptstadt Potsdam verpflichtet, die Sanierungssatzung durch Beschluss aufzuheben.

Frau Hüneke erkundigt sich, ob Bebauungspläne beispielsweise zur Sicherung von Innenbereichen nötig werden sowie nach der Kleinen Anfrage zur Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisken, deren Antwort noch nicht vorliegt.

Herr Lehmann gibt an, dass die Kleine Anfrage (DS 19/SVV/0221) in Beantwortung sei. Er will dieser nicht vorgreifen, im Kern kann er jedoch mitteilen, dass sich der Gestaltungsrat mehrfach mit den Planungen des Betriebes beschäftigt und letztlich eine Neuausschreibung als Konzeptvergabe empfohlen hat.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) ergänzt zu der Frage von Frau Hüneke, dass die betroffene Fläche im Eigentum der Stadt ist und keine weitere Sicherung notwendig.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Aufhebung der Sanierungssatzung „Am Obelisk“ gem. § 162 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 BauGB (Anlage 2)

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 4.15    Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee",  
Leitentscheidung zum weiteren Verfahren**

**Vorlage: 19/SVV/0178**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Eichler (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Aufgrund der aktuellen Eigentumsverhältnisse wurden zwei Varianten des Masterplans entwickelt, eine „Vorzugsvariante“ und eine zweite Variante „HPI-autonom“. Frau Eichler erläutert die wesentlichen Merkmale beider Varianten.

Aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung ist keine eindeutige Bevorzugung einer Variante hervorgegangen. Bei der Vorzugsvariante gab es Bedenken seitens des Brandenburgischen Landesbetriebs für Liegenschaften und Bauen (BLB) hinsichtlich der Verdrängung von Stellplätzen der Universität Potsdam, die zu berücksichtigende bestehende Rigolenentwässerung und Versickerung des überschüssigen Regenwassers.

Die vorgetragenen Bedenken zur Vorzugsvariante können aus Sicht der Verwaltung im weiteren Bebauungsplanverfahren gelöst werden und stehen einer

Umsetzung der Vorzugsvariante nicht entgegen. Sowohl städtebaulich als auch funktional wird hier der Campus deutlich aufgewertet. Zugleich steht eine größere Fläche für Bau- und Freiräume zur Verfügung. Entsprechende Lösungsangebote insbesondere zur Herstellung von Ersatzstellplätzen für die Universität als auch die Einbeziehung der Regenentwässerung der Universitätsflächen in das Gesamt-Entwässerungskonzept sind bereits Gegenstand der Grundstücksverhandlungen zwischen der Hasso-Plattner-Stiftung und dem Land Brandenburg. Deswegen sollte die Vorzugsvariante Grundlage für das weitere Bebauungsplanverfahren sein.

Der Beschluss dieser Vorlage hilft, die Positionierung der Verwaltung gegenüber dem Verhandlungspartner nochmals hervorzuheben. Frau Eichler bittet daher dringend um Zustimmung.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) geht klarstellend auf Nachfragen vor allem zu den Stellplätzen ein. Die in Rede stehenden 159 Stellplätze aus der Vorzugsvariante werden an anderer Stelle in der Nähe der Eisenbahnanlagen gesichert.

Frau Hüneke äußert sich hinsichtlich des zu erhaltenen Baumbestands enttäuscht. Es mussten mehr Bäume aufgegeben werden als erwartet. Daher solle der Beschlusstext wie folgt ergänzt werden: „Dem Baumbestand ist weiterhin eine hohe Priorität einzuräumen.“

Herr Goetzmann erinnert in diesem Zusammenhang an die dazu geführte Diskussion und die Festlegung auf 75 – 80 Prozent erhaltbaren Baumbestands.

Der Vorsitzende stellt den Antrag auf Ergänzung des Beschlusstextes um den Satz, „Dem Baumbestand ist weiterhin eine hohe Priorität einzuräumen.“ von Frau Hüneke zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 4:0:1 **angenommen**.

Der Vorsitzende stellt die ergänzte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das Bebauungsplanverfahren Nr. 160 „Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee“ ist auf der Grundlage der im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung als „Vorzugsvariante“ benannten Planung fortzuführen. (siehe Anlagen 1 und 2).

**Dem Baumbestand ist weiterhin eine hohe Priorität einzuräumen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 4.16 Prüfung Studentisches Wohnen im Bebauungsplan Nr. 113**

### **"Pappelallee/Reiherweg"**

#### **Vorlage: 19/SVV/0089**

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage DS 19/SVV/0089 zur Kenntnis.

### **zu 4.17 Dortustraße, Ergänzung der Fahrbahnmarkierung**

#### **Vorlage: 19/SVV/0102**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Jäkel erkundigt sich nach der aus seiner Sicht sehr restriktiven Formulierung zu diesem Knotenpunkt und verweist auf andere ähnliche Potsdamer Kreuzungen, wo das zweispurige Abbiegen funktioniert.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) geht auf die Nachfrage und klärend auf Verständnisfragen ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage DS 19/SVV/0102 zur Kenntnis.

### **zu 4.18 Evaluierung Verkehrsführungen und Parkraumbewirtschaftungskonzept Gartenstadt Drewitz**

#### **Vorlage: 19/SVV/0105**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass es sich heute zunächst um eine Zwischennachricht handelt. Nach der noch ausstehenden Beteiligung der Bewohnerschaft der Gartenstadt Drewitz kann dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr das Ergebnis in der Sitzung am 30.4.19 vorgestellt werden. Zudem gibt es aktuell noch einen Antrag zum gerechten Parken in Drewitz, der dann thematisch mitbehandelt werden kann.

Zu dem vorgeschlagenen Vorgehen erfolgen keine Einwände.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage DS 19/SVV/0105 zur Kenntnis.

## **zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 BE gemäß Beschluss 18/SVV/0536 Analyse der Staubildung in Verkehrsspitzen/Entzerrung der Hauptverkehrszeiten**

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) berichtet anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll beiliegt.

Herr Heuer erkundigt sich, wann die neuen SrV-Ergebnisse (System repräsentativer Verkehrsbefragungen) 2018 vorliegen.

(Anmerkung der Protokollantin: Haushaltsbefragung zum Mobilitätsverhalten in Potsdam und Potsdam-Mittelmark. Siehe auch: <https://www.potsdam.de/verkehrsbefragung-potsdam-und-potsdam-mittelmark-2018>)

Herr Niehoff gibt an, dass 2 000 Haushalte befragt wurden. Die Ergebnisse werden in einem Jahr erwartet.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

**zu 5.2 Vorstellung der Radverkehrsmaßnahmen 2019**

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Tagesordnungspunkt wird auf den 26.3.2019 vertagt (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

**zu 5.3 BE zur Sanierung der Leipziger Straße**

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Gemäß einer Anwohnerinformation, die an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr mit der Bitte um Stellungnahme herangetragen wurde, soll es den Anwohnern der Speicherstadt für einen Zeitraum zwischen 9 - 12 Monaten nicht möglich sein, aus der Speicherstadt (Am Altstadtblick) kommend die Ausfahrt über die Leipziger Straße in Fahrtrichtung Kreuzung BLU zu nutzen. Stattdessen soll stadtauswärts und über den Brauhausberg wieder in Richtung Potsdam umgeleitet werden.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) erläutert anhand einer Präsentation das Umleitungsgeschehen für die Sanierung der Leipziger Straße.

Herr Jäkel spricht die räumliche Verengung an und erkundigt sich nach den geplanten Maßnahmen, den Verkehr möglichst staufrei durch die Umleitung zu führen.

Herr Becker verweist darauf, dass entsprechende Prüfungen derzeit laufen. Die

vorgestellte Umleitung werde nicht zum ersten Mal verwandt, sie hat sich in der Vergangenheit bereits bewährt. Ganz ohne Wartezeiten werde es nicht gehen, jedoch so drastisch, wie prognostiziert wird es nicht werden. Eine provisorische Spurverbreiterung innerhalb der Umleitung werde nicht vorgenommen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

**zu 6      Sonstiges**

Herr Heuer bittet in der nächsten Sitzung den Mitgliedern eine kurze Zusammenfassung zum veränderten Sachstand zum RAW zu geben, nachdem innerhalb kurzer Zeit verschiedene Informationen, auch presseseitig, kursieren.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung um entsprechende Vorbereitung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 26.03.19, einzuordnen unter TOP 3.

Ralf Jäkel  
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff  
Niederschrift